Stadt Hildburghausen

01.12.2010

Beschlussvorlage

Einreicher: Bürgermeister

Beschlusnummer:

293/2010

Amt: Büro Bürgermeister
Sachbearbeiter: Frau Leicht
Aktenzeichen:
Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	08.12.2010	Ja: Nein: Enth.:
Stadtrat	öffentlich	22.12.2010	Ja: Nein: Enth.:

Bezeichnung der Vorlage:

Übernahme Finanzierung Linien 235 und 236 (Stadtlinien) des ÖPNV im Landkreis Hildburghausen

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Hildburghausen lehnt die Übernahme der Finanzierung der Linien 235 und 236 (Stadtlinien) ab. Er fordert den Landkreis Hildburghausen als Aufgabenträger des ÖPNV gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 3 (ThürÖPNVG) auf, seine Verantwortung für den ÖPNV auch für die Kreisstadt Hildburghausen wahrzunehmen und die Linien über den 30.03.2011 fortzuführen.

gez.

Bürgermeister
Harzer

gez.

zust. Amtsleiter

gez.

Kämmerei
Lissy Carl-Schumann

gez.

Justiziar
Wolfgang Schwarz

Begründung:

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Aufgabenträger des ÖPNV. Laut § 3 Abs. 1 Nr. 3 sind die großen kreisangehörigen Städte nach § 6 Abs. 4 ThürKO für den Stadtverkehr zuständig insoweit der Stadtrat einen Beschluss dazu hat. Daraus folgend ist der Landkreis mit für den ÖPNV in der Kreisstadt verantwortlich, da die Stadt Hildburghausen keine große kreisangehörige Stadt gemäß § 6 Abs. 4 ThürKO ist.

Auch § 3 Abs. 3 des ThürÖPNVG greift hier nicht. Dort heißt es: „Kreisangehörige Gemeinden können das von den Aufgabenträgern vorgehaltene ÖPNV-Angebot im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit eigenverantwortlich erweitern...“

Um ein ÖPNV-Angebot zu erweitern, ist es erst einmal erforderlich, dass ein Angebot vorgehalten werden muss. Diese Vorhaltung des Angebotes sind die Linien 235 und 236, die im Nahverkehrsplan des Landkreises von 2008 enthalten sind. Trotz Beschluss des Kreistages, hat der Landkreis die Finanzierung dieser Linien abgelehnt, so dass die LVK gezwungen war, bereits Abstriche an der Linienführung der Stadtlinie vorzunehmen.

Diese Linien werden derzeit vorwiegend von älteren und behinderten Mitbürgern benutzt, um von ihren Wohngebieten in die Stadt zu gelangen. Durch den Wegfall dieser Linien wird diesen Bürgern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert bzw. komplett verhindert.

Der Landkreis Hildburghausen soll entsprechend dieses Beschlusses aufgefordert werden, seine Verantwortung auch für die Bürger der Kreisstadt wahrzunehmen und sich zu dieser zu bekennen. Zu erwähnen ist, dass die Stadt Hildburghausen den größten Anteil an Kreisumlage an den Landkreis Hildburghausen bezahlt und als Mittelzentrum für den Landkreis Aufgaben vorhält (Bibliothek, Schwimmhalle), ohne dafür eine Entlastung oder Mehreinnahmen zu bekommen.

Die dafür damals gezahlten Vorweg-Schlüsselzuweisungen sind vom Land mit dem FAG 2009 ersatzlos gestrichen worden.

Auch in anderen kreisangehörigen Gemeinden des Freistaates Thüringen mit Stadtverkehr werden diese über die Landkreise finanziert.

Anlagen:

- Schreiben des Landratsamtes HBN, Dezernat II, vom 24.11.2010
- Schreiben der Stadt Hildburghausen, Bürgermeister, vom 25.11.2010

Verteiler nach der Beschlussfassung:

Sitzungsdienst

Amt 20

Amt 32

Büro 01

Landratsamt HBN – Landrat

Landratsamt HBN – Rechtsaufsicht

Fraktionsvorsitzende Stadt HBN